

# PRESSE-INFORMATION



**ÄRZTEKAMMER  
HAMBURG**  
Körperschaft des öffentlichen Rechts

## **Delegiertenversammlung zu Corona-Maßnahmen**

### **Schnell nachsteuern, wenn nötig**

Das Hamburger Ärzte-Parlament fordert den Hamburger Senat dazu auf, die Anfang Dezember beschlossenen stringenteren Maßnahmen nachzusteuern oder zu verschärfen, wenn sich die Infektionszahlen weiter wie bisher entwickeln. Maßnahmen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen schließt die Delegiertenversammlung aber aus. „Wir wissen noch nicht, ob die zuletzt beschlossenen Maßnahmen die Situation entspannen werden. Daher ist es notwendig, weiterhin sehr aufmerksam die Lage zu analysieren. Wenn sich zeigt, dass Fallzahlen weiter steigen, muss zügig über weitere Corona-Eindämmungsmaßnahmen entschieden werden“, so Dr. Pedram Emami, Ärztekammerpräsident. Natürlich solle auch alles für die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen getan werden, aber bei weiteren Kontaktbeschränkungen sollten sie möglichst außen vor bleiben. „Schulschließungen gilt es unbedingt zu vermeiden“, sagt Emami. Schulen seien nicht nur Orte der Bildung und der Begegnung für Kinder und Jugendliche, sondern unabdingbar für die psychische Gesundheit. In der gestrigen 364. Sitzung der Delegiertenversammlung der Ärztekammer Hamburg verabschiedeten die Ärztinnen und Ärzte deshalb einstimmig eine entsprechende Resolution.

#### **Die Resolution im Wortlaut:**

#### **Gesundheitswesen vor Überlastung, Kinder und Jugendliche vor sozialer Isolation schützen**

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Hamburg fordert den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, die Anfang Dezember beschlossenen stringenteren Maßnahmen zur Infektionseindämmung zeitnah nachzusteuern und ggf. weiter zu verschärfen, um einen akuten Gesundheitsnotstand in der Stadt zu verhindern.

Die Delegiertenversammlung spricht sich allerdings gegen Maßnahmen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen aus. Zahlen und Daten zu den gesundheitlichen Folgen der Lockdowns auf

Kinder und Jugendliche zeigen, wie sehr diese Altersgruppe im letzten Jahr belastet war. Die Delegiertenversammlung spricht sich auch gegen Schulschließungen aus.

Die Entscheidungen der letzten Wochen zur Testpflicht und Impfstoffkontingentierung führten zu einem erheblichen unnötigen Mehraufwand für Ärztinnen und Ärzte, zu Verunsicherung und Unzufriedenheit auch der Patientinnen und Patienten – letztlich damit auch zu einer Verlangsamung der Impfkampagne.

Entscheidungen dieser Art müssen zukünftig im Vorfeld mit denjenigen besprochen werden, die für die Umsetzung verantwortlich sind, nämlich mit den Organen der ärztlichen Selbstverwaltung.

**Die Delegiertenversammlung spricht sich für eine einrichtungsbezogene Impfpflicht aus und begrüßt, dass der Bundestag über eine allgemeine Impfpflicht entscheiden wird.**

---

**Pressestelle der Ärztekammer Hamburg**

**Telefon: 040/ 20 22 99 200**

Rückfragen an: Dorthe Kieckbusch / 07. Dezember 2021